

CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag

Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 06. November 2026 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

die vergangenen Tage waren von politischen Debatten, erschreckenden Gewaltszenen und wichtigen internationalen Entwicklungen geprägt. Die Demonstrationen junger Menschen haben deutlich gemacht, dass viele von ihnen mit Sorge auf ihre Zukunft blicken. Fragen nach bezahlbarem Wohnraum, guten Bildungs- und Berufsperspektiven sowie sozialer Sicherheit müssen wir ernst nehmen. Gleichzeitig haben wir am vergangenen Wochenende in Frankfurt, Köln und Berlin erlebt, wie friedliche Proteste durch massive Ausschreitungen, Gewalt gegen Polizeibeamte und Plünderungen überschattet wurden. Allein in Frankfurt wurden mehr als 100 Einsatzkräfte verletzt. Für mich steht fest: Das Recht auf friedlichen Protest ist ein hohes Gut unserer Demokratie. Wer jedoch Polizisten angreift, Geschäfte verwüstet oder fremdes Eigentum zerstört, überschreitet eine klare Grenze. Solche Straftaten müssen konsequent verfolgt werden. Unser Rechtsstaat muss hier klare Kante zeigen.

Auch außenpolitisch war einiges in Bewegung. Bundeskanzler Friedrich Merz setzte mit seiner Asienreise nach Japan, Singapur und Südkorea wichtige Akzente für die internationale Zusammenarbeit. Im Mittelpunkt standen die Stärkung strategischer Partnerschaften, neue Handelsmöglichkeiten und die Verringerung wirtschaftlicher Abhängigkeiten. Gerade angesichts zunehmender geopolitischer Spannungen ist es entscheidend, unsere Beziehungen zu verlässlichen Partnern im indopazifischen Raum weiter auszubauen. Zugleich richtete sich der Blick in dieser Woche auf die USA, wo die Zwischenwahlen zum Kongress die politischen Kräfteverhältnisse neu bestimmen. Unabhängig von den parteipolitischen Mehrheiten bleibt eine enge transatlantische Zusammenarbeit für unsere Sicherheit und unseren Wohlstand von zentraler Bedeutung.

Auch im Deutschen Bundestag standen wichtige Vorhaben auf der Tagesordnung. Von einem besseren strafrechtlichen Schutz vor K.-o.-Tropfen über die Modernisierung der Fahrschulausbildung bis hin zu ersten Beratungen über die Zukunft der Pflegeversicherung: Wir beschäftigen uns mit konkreten Fragen, die viele Menschen unmittelbar betreffen.

Ihr
Markus Koob

Schwerpunkte dieser Ausgabe:

- **Amerika hat gewählt: Politische Zeitenwende in Washington?**
- **Härtere Strafen für den Einsatz von K.-o.-Tropfen**
- **Äthiopien: Im Dialog mit einem Schlüsselpartner in Ostafrika**

V.i.S.d.P.: Markus Koob MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Tel 030/227-75549 •
markus.koob@bundestag.de • www.markus-koob.de • Quellen, Informationen, Texte: CDU-/CSU-Bundestagsfraktion

Amerika hat gewählt: Politische Zeitenwende in Washington?

Die Zwischenwahlen in den USA am 3. November haben die politischen Kräfteverhältnisse in Washington grundlegend verändert. Die Demokraten konnten sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat die Mehrheit zurückgewinnen. Besonders bemerkenswert sind ihre Zugewinne in traditionell republikaniErstsch geprägten Bundesstaaten wie Texas, Kansas und Iowa. Für Präsident Donald Trump und seine Republikaner bedeutet das Ergebnis einen erheblichen Rückschlag. Ausschlaggebend waren nach ersten Analysen insbesondere die Unzufriedenheit vieler Amerikaner mit den hohen Lebenshaltungskosten, der wirtschaftlichen Entwicklung und der amerikanischen Außenpolitik. Mit den neuen Mehrheiten können die Demokraten künftig Gesetzesvorhaben des Präsidenten blockieren und die parlamentarische Kontrolle seiner Regierung verstärken. Der neue Kongress tritt am 3. Januar 2027 zusammen.

***Standpunkt**: Die amerikanischen Wählerinnen und Wähler haben eine klare Entscheidung getroffen, die wir respektieren. Für Deutschland bleiben die Vereinigten Staaten unabhängig von den politischen Mehrheiten in Washington unser wichtigster außereuropäischer Partner. Gleichzeitig zeigt das Wahlergebnis, wie sehr die innenpolitischen Entwicklungen in den USA auch die internationale Politik beeinflussen können. Entscheidend wird sein, ob Präsident und Kongress trotz unterschiedlicher Mehrheiten zu tragfähigen Lösungen finden. Gerade in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in Handelsfragen und im Umgang mit den großen geopolitischen Herausforderungen brauchen wir eine verlässliche transatlantische Zusammenarbeit. Deshalb müssen wir den Dialog mit beiden Parteien im Kongress pflegen und unsere europäischen Interessen selbstbewusst vertreten. Ein handlungsfähiges Europa und eine starke transatlantische Partnerschaft gehören für mich untrennbar zusammen.* •

Härtere Strafen für den Einsatz von K.-o.-Tropfen.

Wer einem anderen Menschen heimlich K.-o.-Tropfen verabreicht, macht ihn gezielt wehrlos und setzt ihn erheblichen Gefahren aus. Bislang wurden solche Taten strafrechtlich jedoch nicht immer ihrer besonderen Schwere entsprechend geahndet. Mit einer Änderung des Strafgesetzbuches schließen wir diese Schutzlücke und verschärfen die Strafen deutlich. Künftig soll der Einsatz von K.-o.-Tropfen zur Begehung schwerer Sexual- oder Raubstraftaten mit einer Freiheitsstrafe von mindestens fünf Jahren geahndet werden können. Damit wird die besondere Gefährlichkeit dieser Substanzen, die häufig nur wenige Stunden im Körper nachweisbar sind, angemessen berücksichtigt.

***Standpunkt:** Wer Menschen heimlich betäubt, um sie anschließend auszurauben oder sexuell zu missbrauchen, handelt besonders niederträchtig. Solche Taten hinterlassen bei den Betroffenen häufig schwerwiegende körperliche und seelische Folgen.*

V.i.S.d.P.: Markus Koob MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Tel 030/227-75549 •
markus.koob@bundestag.de • www.markus-koob.de • Quellen, Informationen, Texte: CDU-/CSU-Bundestagsfraktion

Für mich ist deshalb klar: Der Rechtsstaat muss hier mit aller Konsequenz handeln. Mit der Strafverschärfung setzen wir ein deutliches Zeichen für einen besseren Opferschutz und stellen sicher, dass Täter ihrer Verantwortung entsprechend bestraft werden. Wir stärken damit das Vertrauen in unseren Rechtsstaat und machen deutlich, dass wir solche Verbrechen nicht tolerieren. •

Führerschein soll günstiger und moderner werden.

Der Führerschein ist für viele junge Menschen ein wichtiger Schritt in die Selbstständigkeit. Allerdings sind die Kosten in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen und stellen insbesondere für junge Menschen und Familien eine große finanzielle Belastung dar. Mit einer umfassenden Reform der Fahrschulausbildung wollen wir den Führerscheinerwerb deshalb bezahlbarer, flexibler und moderner gestalten, ohne Abstriche bei der Verkehrssicherheit zu machen.

Künftig soll der Theorieunterricht auch digital absolviert werden können. Zudem ist vorgesehen, dass Fahrschüler unter Anleitung nahestehender Personen, beispielsweise ihrer Eltern, zusätzliche Fahrpraxis im öffentlichen Straßenverkehr sammeln dürfen. Gleichzeitig sollen Fahrschulen durch weniger Dokumentationspflichten, einfachere Fortbildungsregelungen und den Abbau bürokratischer Hürden entlastet werden. Insgesamt sollen diese Maßnahmen dazu beitragen, die Ausbildungskosten spürbar zu senken.

Standpunkt: *Mobilität bedeutet Freiheit, Eigenständigkeit und gesellschaftliche Teilhabe. Gerade im ländlichen Raum, wie in vielen Teilen unseres Wahlkreises, ist der Führerschein für Ausbildung, Beruf und Alltag häufig unverzichtbar. Es darf nicht sein, dass der Erwerb der Fahrerlaubnis für immer mehr junge Menschen zu einer kaum überwindbaren finanziellen Hürde wird. Deshalb halte ich es für richtig, die Fahrschulausbildung zeitgemäßer und effizienter zu gestalten. Digitale Lernmöglichkeiten, zusätzliche Fahrpraxis und weniger Bürokratie bieten hierfür großes Potenzial. Entscheidend bleibt dabei, dass die Verkehrssicherheit jederzeit gewährleistet ist. Unser Ziel ist ein Führerschein, der bezahlbar bleibt und zugleich eine qualitativ hochwertige Ausbildung sicherstellt.* •

Weniger Bürokratie: Der Papierbon wird abgeschafft.

Ob beim Bäcker, im Supermarkt oder beim Friseur: Seit 2020 müssen Händler bei jedem Einkauf einen Kassenbon ausstellen – selbst dann, wenn Kunden diesen gar nicht benötigen. Damit soll künftig Schluss sein. Mit einem neuen Gesetzentwurf, den wir in dieser Woche erstmals im Bundestag beraten, schaffen wir die verpflichtende Ausgabe von Papierbons zum 1. Januar 2028 vollständig ab. Stattdessen sollen Kassenbelege künftig digital bereitgestellt werden können. Gleichzeitig verbessern wir die Möglichkeiten zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung. So ist unter anderem eine Registrierkassenpflicht für Unternehmen mit einem

V.i.S.d.P.: Markus Koob MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Tel 030/227-75549 •
markus.koob@bundestag.de • www.markus-koob.de • Quellen, Informationen, Texte: CDU-/CSU-Bundestagsfraktion

Jahresumsatz von mindestens 100.000 Euro vorgesehen. Ausnahmen sollen unnötige Belastungen insbesondere für kleinere Betriebe vermeiden. Damit verbinden wir wirksame Steuerkontrollen mit weniger Bürokratie und mehr Digitalisierung.

Standpunkt: *Die Bonpflicht ist ein gutes Beispiel dafür, wie gut gemeinte Regelungen im Alltag zu unnötiger Bürokratie führen können. Jeden Tag werden unzählige Papierbelege ausgedruckt, die häufig direkt im Müll landen. Das verursacht Kosten, bindet Ressourcen und belastet insbesondere kleine Betriebe. Deshalb ist die Abschaffung der Papierbonpflicht ein sinnvoller Schritt hin zu einem modernen und bürokratieärmeren Staat. Digitalisierung muss den Alltag von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen tatsächlich erleichtern. Gleichzeitig bleibt es wichtig, Steuerhinterziehung konsequent zu bekämpfen und faire Wettbewerbsbedingungen sicherzustellen. Beides lässt sich miteinander verbinden: weniger Papier, weniger Aufwand und weiterhin wirksame Kontrollen.* •

Äthiopien: Dialog mit einem Schlüsselpartner in Ostafrika.

Am Rande der Plenarwoche durfte ich den äthiopischen Botschafter in Deutschland, S.E. Eskindir Yirga Asfaw, zu einem ausführlichen Gespräch im Deutschen Bundestag begrüßen. Äthiopien ist mit rund 136 Millionen Einwohnern nach Nigeria das bevölkerungsreichste Land Afrikas und nimmt als Sitz der Afrikanischen Union eine politische Schlüsselrolle auf unserem Nachbarkontinent ein. Entsprechend groß ist seine Bedeutung für die Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung am Horn von Afrika.



Im Mittelpunkt unseres Austauschs standen die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Äthiopien sowie die zunehmend angespannte Sicherheitslage in der Region. Insbesondere die erneuten bewaffneten Auseinandersetzungen im Norden des Landes und die Spannungen mit dem Nachbarstaat Eritrea geben Anlass zu großer Sorge. Eine weitere Eskalation hätte schwerwiegende Folgen für die gesamte Region. Auch die schwierige humanitäre Situation, die durch bewaffnete Konflikte, Vertreibung und Ernährungsunsicherheit geprägt ist, haben wir intensiv erörtert.

V.i.S.d.P.: Markus Koob MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Tel 030/227-75549 •
markus.koob@bundestag.de • www.markus-koob.de • Quellen, Informationen, Texte: CDU-/CSU-Bundestagsfraktion

Entscheidend bleibt, dass politische Lösungen gefunden, die Zivilbevölkerung geschützt und humanitäre Hilfe ermöglicht werden.

Neben diesen Herausforderungen haben wir auch über die großen wirtschaftlichen Potenziale Äthiopiens und Möglichkeiten einer engeren deutsch-äthiopischen Zusammenarbeit gesprochen. Gerade in den Bereichen Infrastruktur, Energieversorgung und wirtschaftliche Entwicklung bieten sich Chancen, von denen beide Länder profitieren können. Für mich steht fest: Deutschland hat ein großes Interesse an einem stabilen und wirtschaftlich erfolgreichen Äthiopien. Umso wichtiger ist es, den politischen Dialog auch in schwierigen Zeiten aufrechtzuerhalten und unsere Partnerschaft weiterzuentwickeln. •

Die gute Nachricht der Woche

Deutlicher Rückgang: Asylanträge sinken auf Rekordtief.

Die Zahl der Asyl-Neuzugänge in Deutschland ist erneut deutlich zurückgegangen. Im Oktober 2026 wurden nach Angaben des Bundesinnenministeriums lediglich 5.707 Asylerstanträge beziehungsweise Neuzugänge registriert. Das sind rund 35 Prozent weniger als im Vorjahresmonat und sogar rund 70 Prozent weniger als im Oktober 2024. Einen niedrigeren Oktoberwert gab es zuletzt im Jahr 2011. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt sieht darin eine Bestätigung des eingeschlagenen migrationspolitischen Kurses. Seit ihrem Amtsantritt setzt die Bundesregierung auf verstärkte Grenzkontrollen, Zurückweisungen und eine engere europäische Zusammenarbeit. Die aktuellen Zahlen zeigen einen anhaltenden Rückgang der Asyl-Neuzugänge. Ziel bleibt es, Migration wirksam zu steuern und zu ordnen, irreguläre Einreisen zu begrenzen und zugleich den Schutz tatsächlich Verfolgter sicherzustellen. Damit sollen auch Länder und Kommunen bei der Aufnahme und Integration entlastet werden. •

V.i.S.d.P.: Markus Koob MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Tel 030/227-75549 •
markus.koob@bundestag.de • www.markus-koob.de • Quellen, Informationen, Texte: CDU-/CSU-Bundestagsfraktion